

Wahlprüfsteine der Initiative 27. Januar e.V.

1. Abstimmungsverhalten der Bundesrepublik in der EU und UN

Wie stehen Sie zum Ansatz deutscher Außenpolitik, gegen Israel gerichtete einseitige (auch vermeintlich abgemilderte) Resolutionen in den VN häufig mitzutragen oder sich zu enthalten? Müsste Deutschland nicht häufiger solche Resolutionen klar ablehnen, wie es auch andere EU-Staaten vormachen?

Die AfD-Bundestagsfraktion hat sich in den letzten vier Jahren aktiv dafür eingesetzt, das Verhältnis zum Staat Israel zu verbessern. Israel ist die einzige westliche Demokratie im Nahen Osten und wird durch denselben islamistischen Terror bedroht, der auch in Europa viele Opfer gekostet hat.

- Die AfD hat die Bundesregierung aufgefordert, darauf hinzuwirken, die einseitig auf Israel angewendete Kennzeichnungspflicht für Produkte aus jüdischen Siedlungen aufzuheben. (Drucksache 19/16855).
- Die AfD hat einen Antrag gegen die Diskriminierung israelischer Staatsbürger, zum Beispiel durch Kuwait Airways, eingebracht. (Drucksache 19/16856)
- Die AfD-Bundestagsfraktion hat im Bundestag das einseitige Abstimmungsverhalten des deutschen Vertreters bei den Vereinten Nationen scharf kritisiert. Die AfD hat mit der größten Geschlossenheit aller Parteien dem Antrag „Deutsches und europäisches Abstimmungsverhalten in Bezug auf Israel bei den Vereinten Nationen neu ausrichten“ zugestimmt.

www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=585

- 2. Terrorfinanzierung

Sollte Deutschland seine direkte/indirekte finanzielle Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde und UNRWA daran koppeln, dass Terrorismus und Hetze gegen Israel (u.a. in Schulbüchern, durch die Verehrung von „Märtyrern“ und Unterstützung der Familien von Attentätern) unterlassen wird?

Die AfD spricht sich dafür aus, alle finanziellen Zuwendungen an die UNRWA zu stoppen, bis sämtliche Korruptionsvorwürfe des internen Untersuchungsberichtes der VN aufgeklärt sind und die Organisation grundlegend reformiert wurde. In Schulen und Lehrmaterial der

UNRWA darf das Existenzrecht Israels nicht in Frage gestellt werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Mittel der UNRWA nicht der Hamas oder anderen islamistischen Gruppen zu Gute kommen. Zu den Reformen gehört auch den Sonderstatus der palästinensischen Flüchtlinge zu hinterfragen und Aufgaben der UNRWA auf die sozialen Dienste UNHCR zu übertragen.

Diese Forderung hat die AfD auch als Antrag in den deutschen Bundestag eingebracht. (Drucksache 19/30414)

3. Stellung zum Atomabkommen mit dem Iran

Welche Position sollte Deutschland in Bezug auf die wieder aufgenommenen Verhandlungen zum (inzwischen eindeutig militärischen) Atomprogramm des Iran und angesichts der Bedrohungen durch das iranische Regime und seine regionalen Stellvertreter für den Nahen Osten und konkret für Israel einnehmen?

Die AfD lehnt jegliche Herstellung, Besitz oder Einsatz von Nuklearwaffen entschieden ab und setzt sich für den Erhalt und Ausweitung der derzeit geltenden Abrüstungsregime ein. In diesem Zusammenhang verurteilen wir Irans Bestrebungen eigene Nuklearwaffen zu entwickeln aufs Schärfste. Wir begrüßen die Wiederaufnahme der Verhandlungen durch die USA und werden uns weiterhin für das Gelingen dieses Vorhabens einsetzen.

4. Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels

Sollte Deutschland – wie gegenüber allen anderen Staaten weltweit auch – die souveräne Entscheidung Israels, Jerusalem zu seiner Hauptstadt zu machen, anerkennen und seine Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen?

Selbstverständlich erkennen wir das Recht Israels an, seine Hauptstadt selbst zu wählen. Eine völkerrechtliche Anerkennung dieser innerstaatlichen Bestimmung durch andere Staaten ist dafür ohnehin nicht notwendig. Im Hinblick auf Verlegung der deutschen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem strebt die AfD eine Lösung an, die sowohl die Souveränität Israels anerkennt, als auch in Einklang mit den Anforderungen des Völkerrechts steht.

5. Antisemitismus-Bekämpfung in Deutschland

Wie kann Deutschland die erzielten Fortschritte in der Antisemitismus-Bekämpfung, insbesondere die Ratifizierung der IHRA-Definition, des BDS-Beschlusses des Bundestages

und die Schaffung der Stelle des Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung, aus Ihrer Sicht sichern und weiter ausbauen?

Die AfD hat den Antrag in den Bundestag eingebracht, die antisemitische BDS-Bewegung zu verbieten. Wir halten dieser Forderung fest und dringen darauf, dass die bestehenden Beschlüsse gegen die BDS-Bewegung konsequent umgesetzt werden.

(Drucksache 19/9757)

Die AfD hat im Bundestag als erste Fraktion das Verbot der Hisbollah gefordert, damit diese in Deutschland weder Terrorismus gegen Israel vorbereiten, noch Judenhass auf deutschem Boden verbreiten kann, wie das in der Vergangenheit am Al Quds-Tag immer wieder auf abstoßende Weise geschehen ist.

(Drucksache 19/10624).

Wir unterstützen den Antisemitismusbeauftragten Felix Klein in seinem Bemühen, antisemitische Straftaten besser zu erfassen. Wir halten diese Erfassung als Basis für jeden politischen Lösungsansatz für so wichtig, dass wir das nicht an nicht-staatliche Akteure auslagern wollen, sondern die Erfassung antisemitischer Übergriffe direkt im Bundesinnenministerium ansiedeln wollen.

Wir begrüßen Kundgebungen und Aktionen wie „Berlin trägt Kippa“, die die Solidarität mit unseren jüdischen Bürgern angesichts eines neuen muslimischen Antisemitismus zum Ausdruck bringen.

6. Stärkung der Relevanz des Holocaust-Gedenkens

Wie kann Deutschland Ihrer Meinung nach seiner kollektiven Verantwortung aus dem Holocaust gerecht werden und neue Formen des Erinnerns gefunden werden in Zeiten, in denen es immer weniger Überlebende gibt und das Gedenken zunehmend ritualisiert, relativiert oder gar diskreditiert wird?

Die AfD spricht sich für die Pflege der Erinnerungskultur aus und brachte das damit zum Ausdruck, dass bereits ihre erste Fraktionsveranstaltung mit internationalen Gästen dem Gedenken an die Opfer des Holocaust und dem Kampf gegen den Antisemitismus gewidmet war.

Die AfD bekennt sich zur historischen Verantwortung Deutschlands und sucht das Verhältnis zum Staat Israel zu intensivieren. Darum bekräftigte Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland anlässlich des 70. Jahrestages der Staatsgründung Israels, dass das Existenzrecht Israels Teil der deutschen Staatsraison ist.

Die AfD wendete sich dagegen, dass Orte jüdischen Lebens für andere politische Zwecke missbraucht werden, so wendete sich die AfD etwa gegen die antiisraelische Ausstellung „Welcome to Jerusalem“ und gegen den Empfang von BDS-Aktivisten und Vertretern des Iran im Jüdischen Museum in Berlin.

7. 1700 Jahre jüdisches Lebens

Was kann aus Ihrer Sicht zur Förderung des seit 1.700 Jahren bestehenden jüdischen Lebens in Deutschland sowie dem Ausbau der deutsch-israelischen Beziehungen – auch regional und lokal – getan werden?

Jüdisches Leben und Kultur waren immer Teil der deutschen Geschichte. Die jüdisch-christliche Tradition ist die Basis unserer westlichen Zivilisation. Der Wiederaufbau jüdischen Lebens in Deutschland besitzt eine große Bedeutung. Die Wiedereinführung der jüdischen Militärseelsorge bei der Bundeswehr war ein wichtiger Schritt.

8. Israelbild junger Menschen in Deutschland

Was kann aus Ihrer Sicht zur Verbesserung des Israel-Bildes junger Menschen in Deutschland getan werden, z.B. durch eine umfangreichere Finanzierung eines breit gefächerten deutsch-israelischen Jugendaustausches mit bestehenden sowie neuen Projekten?

Die AfD spricht sich für die Förderung des deutsch-israelischen Jugendaustausches aus. Wir wenden uns zu gleich gegen eine in weiten Teilen der Medien und des Kulturbetriebes vorherrschende einseitige Kritik an Israel. Wir sprechen uns für eine ausgewogene Darstellung Israels in Schule und politischer Bildung aus, die insbesondere auch die Aufbauleistung Israels und seine demokratischen Errungenschaften würdigt und sein Recht auf Schutz seiner Grenzen, Bewahrung seiner jüdischen Identität und auf Selbstverteidigung anerkennt.